

Bau für Naturwissenschaften am Standort Wechloy begonnen

In diesen Wochen haben die Bauarbeiten für den Ausbau der Naturwissenschaften auf dem Standort Wechloy begonnen. Damit scheint das Projekt, um dessen Realisierung sich die Universität seit Jahren bemüht hat, abgesichert zu sein - zumal auch die Stadt grünes Licht für die Erschließungsarbeiten gegeben hat.

Der Hauptanteil der Stadt besteht in der Anlage einer Straße, die laut Ratsbeschluss nach Carl von Ossietzky benannt werden soll. In den nächsten vier Jahren sollen auf dem 70.000 Quadratmeter großen Areal etwa 1.700 flächenbezogene Studienplätze für die Naturwissenschaften und Mathematik entstehen. Kosten: etwa 160

Millionen Mark. Nach Meinung von Experten könnte die Universität Oldenburg zu den wenigen Hochschulen in der Bundesrepublik zählen, die noch einen Ausbau in dieser Größenordnung erleben. Bund und Länder haben sonst für den Hochschulbau die Geldhähne weitgehend zugelehrt.

Mit denkbar knapper Mehrheit:

Senat gegen Fachbereichsteilung und Einrichtung von Instituten

Schulenberg: „Diese Entscheidung zwingt den Minister zum Oktroi“

Mit denkbar knapper Mehrheit hat der Senat auf seiner letzten Sitzung am 3. Dezember mit 7 gegen 6 Stimmen an seinem alten Beschluss zur Organisationsstruktur festgehalten und sich gegen die Teilung der Fachbereiche I und III sowie gegen die Einrichtung von Instituten ausgesprochen. Von den Studenten wurde die Entscheidung mit großem Beifall aufgenommen, während sich nicht nur Professoren eher skeptisch über die politischen Folgen äußerten. Nach Meinung des Sprechers der „Demokratischen Hochschule“, Professor Dr. Wolfgang Schulenberg, ist die Entscheidung der Senatsmehrheit Ausdruck für eine Vogel-Strauß-Politik, die einen Oktroi des Ministers geradezu programmiert. Weiter erklärte er, daß seine Gruppe das Minderheitsvotum vom Sommer des Jahres für neun Fachbereiche mit Instituten als Substruktur aufrechterhalten würde.

Eine eher distanzierende Erklärung gaben auch Präsident Dr. Horst Zilleben und die Vizepräsidenten Prof. Dr. Hans-Dietrich Raapke und Prof. Dr. Peter Köll zu dem Senatsbeschluss ab. In einer gemeinsamen Stellungnahme heißt es, die Universität habe sich die Möglichkeit genommen, ein einheitliches Konzept für

die Organisationsstruktur vorzulegen. Dies berge die Gefahr in sich, daß der Minister in erheblicher Weise von den Vorstellungen bei den Genehmigungsverfahren abweiche. Weiter betonte die Universitätsleitung, die Entscheidung des Senats sei nur auf dem Hintergrund verständlich, daß das Niedersächsische Hoch-

schulgesetz (NHG) bei der Einrichtung von Instituten Mitbestimmungsmöglichkeiten verweigere, wie sie in der Wirtschaft seit langem selbstverständlich seien.

Unzweifelhaft ist die Bildung von Instituten und Seminaren der Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung. Das war auch so auf der eine Woche zuvor gelaufenen gesamtuniversitären Vollversammlung, die fast einstimmig eine Resolution verabschiedete, in der nicht nur die Teilung der Fachbereiche I und III abgelehnt, sondern auch eine Rücknahme der bereits erfolgten Teilung des Fachbereichs IV in vier Fachbereiche (Biologie, Chemie, Mathematik, Physik) verlangt wurde. Nach Auffassung der Vollversammlung sind die bestehenden Mängel in Forschung, Lehre und Studium nachweisbar nicht durch organisatorische Faktoren bestimmt, „daher auch durch eine Veränderung der Organisationsstruktur nicht zu beseitigen“. Die VV forderte deshalb alle Hochschulangehörigen auf, sich nicht an Maßnahmen zu beteiligen, die zu Institutsgründungen führen könnten. Zur Durchsetzung dieser Ziele wurde u.a. die Beteiligung an einer landesweiten Demonstration am 11. Dezember in Hannover und die Durchführung von Aktionstagen empfohlen. Im Falle eines Oktrois solle gestreikt werden.

Mit einem solchen Oktroi muß in der Tat gerechnet werden - vielleicht schon in diesem Monat. Denn der Minister hatte bereits vor einigen Wochen angekündigt, daß er derzeitigen Beschlüssen zur Organisationsstruktur nicht zustimmen könne. Neben der Teilung der Fachbereiche I und III verlangte er die Einrichtung von Instituten. Dieser Erlaß hatte zunächst dazu geführt, daß sich der Fachbereichsrat III auch zu einer Teilung in einen sozialwissenschaftli-

Fortsetzung Seite 2

CDU-Ausschuß besuchte Uni

Am 8.12. besuchte der Fachausschuß für Wissenschaft und Kunst des CDU-Landesverbandes die Universität, um sich über Struktur und Ausstattung der Hochschule zu informieren.



Weihnachtskonzert mit Chor der Universität

Am Montag, dem 15. Dezember, findet um 20.00 in der Aula der Universität ein Weihnachtskonzert der „Niedersächsischen Singakademie e.V.“ statt. Auf dem Programm stehen der „Messias“ (I. Teil und Halleluja) von Händel sowie das „Weihnachtsoratorium“ des französischen Komponisten C. Saint Saëns. Die Gesamtleitung des Konzerts, an dem sich die Chöre der Universität Oldenburg, des Kirchenkreises Hannover-Ost sowie der Konzertchor Hannoverland beteiligen, hat Kirchenmusiker Claus-Ulrich Heinke (Hannover). Es spielt das Niedersächsische Kammerorchester. Als Solisten wirken Heidrun Heinke (Sopran), Ursula Edeling (Alt), Alexander Senger (Tenor), Gustav Hehring (Baß), Monika Körner (Mezzosopran) und Rainer Abraham (Orgel und Cembalo) mit.

Das „Oratorio de Noel“ (Weihnachtsoratorium) von Saint Saëns entstand 1858 und ist ein Jugendwerk des französischen Romantikers. Händels „Messias“, wohl das be-

kannteste Werk des Barock-Musikers, wurde 1741 komponiert. Erst dreißig Jahre später wurde es in Deutschland uraufgeführt. Die Niedersächsische Singakademie hat sich zum Ziel gesetzt, kleineren Chören die Pflege oratorischer Musik zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kammerorchester wird interessierten Chören die Gelegenheit gegeben, durch punktuelle Zusammenarbeit größere Vorhaben zu verwirklichen. Die Beteiligung der Chöre wechselt von Projekt zu Projekt. Seit fünf Jahren besteht die Akademie, die sich in diesem Jahr als e.V. etablierte. Sie hat in dieser Zeit sechs große Konzerte gegeben: u.a. Haydns Schöpfung, Bachs Weihnachtsoratorium und Mozarts Requiem. An dem Weihnachtskonzert in der Aula beteiligt sich auch der Universitätschor, der jeweils am Dienstag von 20.00 bis 22.00 im Kammermusiksaal während der Vorlesungszeit probt. Eintritt für das Konzert: DM 7,-, für Studenten DM 3,50.

Deutliches Votum gegen NHG-Novellierungsentwurf

Ein deutliches Votum hat der Senat der Universität Oldenburg zu dem vom Minister für Wissenschaft und Kunst (MWK) vorgelegten Referentenentwurf für ein zweites Gesetz zur Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG-Novelle) abgegeben. Bei nur einer Enthaltung verabschiedete er eine Stellungnahme, in der herbe Kritik an dem Novellierungsentwurf geübt wird.

Die Novelle war notwendig geworden, nachdem vom Bundesgesetzgeber die im Hochschulrahmengesetz (HRG) vorgesehene Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der Regelstudienzeit wieder gestrichen worden war; diese Streichung muß in den Hochschulgesetzen der Länder nachvollzogen werden. Der MWK nutzte diese Gelegenheit jedoch dazu, dem Landtag eine Reihe zusätzlicher Änderungen vorzuschlagen, deren Verwirklichung weitreichende Auswirkungen für die Hochschulen hätte (siehe Bericht im uni-info 13 + 14/80).

In seiner Stellungnahme begrüßt der Senat die Streichung der Zwangsexmatrikulation, sieht jedoch in dem neuen § 17 a - zahlenmäßige Beschränkung der Teilnehmer bestimmter Lehr-

veranstaltungen - eine Regelung, „die im Einzelfall eine unvermeidbare Verschärfung gegenüber der Zwangsexmatrikulation bedeuten“ kann, da einem Studenten bei Überschreitung der Regelstudienzeit dadurch der gesetzlich garantierte Anspruch auf Zulassung zur Prüfung genommen werden kann. Insbesondere wären die Studenten betroffen, die durch Nebenbeschäftigungen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen bzw. die durch Tätigkeiten in der Selbstverwaltung zusätzlich in Anspruch genommen werden. „Nachdrücklich“ lehnt die Universität Oldenburg die vorgesehene Einführung der politischen Überprüfung auch bei Lehrbeauftragten ab: die geplante Neuregelung schränke in unzulässiger Weise das Grundrecht der Wissenschaftsfreiheit für Lehrbeauftragte

ein. Damit werde nicht nur eine Beauftragung von „Dozenten aus dem Ostblock“ (so der MWK) sowie von Wissenschaftlern mit einem bestimmten Wissenschaftsverständnis unmöglich gemacht, sondern bei enger Auslegung der Bestimmungen könnten Lehraufträge für Ausländer überhaupt ausgeschlossen werden. Der Senat befürchtet denn auch eine Belastung der Kooperationsbeziehungen der Universität zur Universität Groningen. Anstatt die Überprüfungspraxis, die „von der Universität Oldenburg stets kritisiert worden ist, abzubauen, wird sie auf eine weitere Gruppe (in den Hochschulen ausgebaut“.

Ebenso wird die geplante Schaffung eines Wissenschaftlichen Zeitangestellten der wissenschaftlichen Zeitangestellten lediglich unselbständige Dienstleistungsfunktionen obliegen. „Aus sozialen und wissenschaftspolitischen Gründen“ wendet sich die Universität ferner gegen die beabsichtigte Einführung eines Akademischen Rates auf Zeit (drei Jahre ohne Verlängerung). Damit sollten offensichtlich - durch Anwendung des Beamtenrechtes - die tarifrechtlichen Restriktionen für befristete Arbeitsverhältnisse hinsichtlich der Wahrnehmung von Daueraufgaben umgangen werden. Beide letztgenannten Änderungen stünden „ohne sachlichen Grund im Widerspruch zum Reformanliegen eines möglichst einheitlichen akademischen Mittelbaus“.

Die in der NHG-Novelle vorgesehene Bestimmung, die Organisation der Hochschulverwaltung zu einer staatlichen Angelegenheit zu machen und damit der zuständigen Landesbehörde in diesem Bereich ein Weisungsrecht einzuräumen, hält die Universität für rechtlich unzulässig und praktisch unzumutbar. Die so ausgehöhlte Selbstverwaltungsgarantie sei „sowohl mit der Tradition der Selbstverwaltung der deutschen Universität als auch mit dem Hochschulrahmengesetz unvereinbar.“

Nach einer ersatzlosen Streichung der im NHG enthaltenen Programmsätze über den in Lüneburg ursprünglich geplanten Modellversuch Gesamthochschule widerspräche nach Auffassung der Universität Oldenburg die Rechtslage in Niedersachsen „zweifelsfrei dem Rahmenrecht“ des HRG, das den Ländern „verbindlich eine Neuordnung des Hochschulwesens mit dem Ziel Gesamthochschule“ vorschreibe. Schon die Beschränkung dieses Auftrages auf nur einen Modellversuch sei auf rechtliche Bedenken gestoßen. jB

Psychotherapeutische Praxis und psychosoziale Versorgung

BdWi-Fachtagung im Januar in Oldenburg

Eine bundesweite Fachtagung zum Thema „Demokratische Wissenschaft - Psychotherapeutische Praxis und psychosoziale Versorgung“ veranstaltet der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) vom 23. bis 25. Januar 1981 in der Oldenburger Universität. Diese Veranstaltung, die von der Oldenburger Sektion des BdWi vorbereitet wird, schließt an den 2. Internationalen Kongreß „Kritische Psychologie“ im vergangenen Jahr in Marburg an, der sich auch mit dem Thema „Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht“ beschäftigte.

Die Vorbereitungsgruppe geht davon aus, daß die seit vier Jahren andauernde Krise in der Bundesrepublik mit Arbeitslosigkeit, verschärftem Konkurrenzdruck und vielfältiger menschlicher Not sowohl die Forschung und Lehre als auch die Berufspraxis vor neue Probleme einer besseren psychosozialen Versorgung der Bevölkerung stellt.

Die Oldenburger Fachtagung wird, wie es dazu heißt, sich daher besonders mit fachspezifischen Fragestellungen alternativer Psychologie, demokratischer und kritischer Psychologie befassen. Dabei soll es vor allem um eine Zwischenbilanz zum derzeitigen Stand des Wechselverhältnisses von fortschrittlicher wissenschaftlicher Theorie und entsprechenden Konzeptionen in der Berufspraxis der psychosozialen Versorgung im weitesten Sinne gehen. Im Mittelpunkt steht der Erfahrungsaustausch zwischen Berufspraktikern und Hochschulangehörigen.

In verschiedenen Arbeitsformen werden folgende Bereiche behandelt:

- Primäre Prävention (Vorschläge und Forderungen der Gewerkschaften)

- Mißlingen von „Schulkarrieren“ (Ursachen und Wirkungszusammenhänge, Funktion des schulpsychologischen Dienstes, „Lernbehinderung“, „Verhaltensstörungen“, Leserechtschreib-Schwäche, Bedeutung der Vorschule)

- Schwerstbehinderte (neue Ansätze pädagogischer und therapeutischer Arbeit)

- Berufliche Rehabilitation Behinderteter (Recht auf Arbeit und berufliche Bildung)

- Diagnostik (Alternativen zur herkömmlichen Diagnostik und Anamnese, tätigkeitsorientierte, historisch-genetische Diagnostik)

- Therapie - Theorie-Praxis-Beziehungen (Handlungstheorie, Kritische Psychologie, Tätigkeitspsychologie versus Verhaltenstherapie und Psychoanalyse, Praxisfelder: Familie, Arbeit, Spiel, Sport, Bewegung, Drogen)

- Psychiatrische Dienste (institutionelle Probleme, von der Prävention über die Ambulanz bis zur geschlossenen Abteilung)

- Psychotherapeutengesetz (Entwürfe und Stellungnahmen, Funktion im Gesundheitssystem und in der psychosozialen Versorgung)

- Psychosoziale Versorgung (Arbeitslosigkeit, Probleme alter Menschen)

- Delinquenz von Jugendlichen

Anmeldungen sollen bis Ende des Jahres eingereicht werden an die BdWi-Geschäftsstelle, Gisselberger Straße 7, Postfach 1162, 3550 Marburg oder an die BdWi-Sektion Oldenburg, Klaus Struve, Universität Oldenburg, Postfach 2503, 2900 Oldenburg.

Keine Bspitzelung von Studenten

In einer ohne Gegenstimmen verabschiedeten Resolution hat die universitäre Vollversammlung „mit großem Ernst das gegen die Absolventin der einhelligen Lehrerausbildung (ELAB), Ute Hüper, eingeleitete Anhörungsverfahren vor dem Niedersächsischen Innenministerium sowie die Weigerung der Bezirksregierung Weser-Ems, dem Studenten Hans-Joachim Hartwig die Staatsbürgerschaft zu geben“, verurteilt (siehe auch uni-info 18/80).

Beide Maßnahmen, so heißt es in dem Beschluß weiter, gründeten sich auf sogenannte Erkenntnisse, die den jeweiligen Behörden durch den Verfassungsschutz zugetragen und in der Universität gesammelt worden seien.

Die Bspitzelung richte sich gegen das Engagement in der universitären Selbstverwaltung, also gegen die Wahrnehmung demokratischer Rechte.

In einem Schreiben an die Anhörkommission beim Niedersächsischen Innenministerium kritisierte der Präsident, daß Frau Hüper gerade die Wahrnehmung demokratischer Rechte in der Hochschulselbstverwaltung vorgehalten werde. Dabei müsse außer Betracht bleiben, für welche Gruppierung die Kandidatur und die Wahl erfolgt sei. In Sorge um die Glaubwürdigkeit der Demokratie dürfe die Tätigkeit in Gremien der Universität nicht zur Begründung an Zweifeln an der Verfassungstreue herangezogen werden.

Jura-Kommission

Vorsichtiger Optimismus nach Sitzung in Oldenburg

Vorsichtiger Optimismus hat sich nach der 3. Sitzung der Jura-Kommission in Oldenburg breitgemacht. Die vom Niedersächsischen Minister für Wissenschaft und Kunst unter Vorsitz von Professor Dr. Merzbacher (Würzburg) eingesetzte Kommission, die ein Votum über die Einrichtung eines Studienganges Rechtswissenschaften an der Universität Oldenburg abgeben soll, hörte Vertreter der Stadt, des Landkreises Oldenburg, der Oldenburgischen und Ostfriesischen Landschaft, der Industrie- und Handelskammer, der Justizbehörden und der Universitätsgesellschaft an.

In einer Stellungnahme erklärte Vizepräsident Professor Dr.

Hans-Dietrich Raapke, in der Anhörung hätten die Regionalvertreter sich mit Engagement und ebenso präzisen wie differenzierten Argumenten für die Einrichtung des rechtswissenschaftlichen Fachbereichs an der Universität ausgesprochen. Auch einige Bedenken seien zur Sprache gekommen, die aber im Grunde bestätigten, daß es in der Oldenburger Universität ganz normal wie an anderen Universitäten zugehe. Die Kommissionsmitglieder schienen von dem Besuch in Oldenburg in jeder Hinsicht einen guten Eindruck mitgenommen zu haben. Mit dem Votum werde am 30. Januar gerechnet. Die Signale stünden aber allem Anschein nach nicht auf negativ.

Konzil berät über „Ossietzky-Papier“

Am 14. Januar wird das Konzil der Universität zusammentreten, um u.a. über ein Papier zu beraten, auf das sich eine interfraktionelle Arbeitsgruppe geeinigt hat und künftige Behandlung der Forderung der Hochschule, sich nach Carl von Ossietzky nennen zu dürfen, zum Inhalt hat.

Raapke in

WRK-Kommission

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat in ihrer 132. Plenarversammlung am 17./18. November 1980 den Vizepräsidenten der Universität Oldenburg, Professor Dr. Hans-Dietrich Raapke, in die „Ständige Kommission für Grundsatzzfragen des Prüfungs- und Studienwesens“ gewählt.

„Konflikt um Hausbesetzung nicht eskalieren lassen“

In einem Brief an die Niedersächsische Landesentwicklungsgesellschaft (NIELEG) hat Präsident Dr. Horst Zilleben darum gebeten, alles Mögliche zu tun, um den Konflikt um die Besetzung eines Hauskomplexes in Osterburg, der sich im Besitz der NIELEG befindet, nicht eskalieren zu lassen. Wörtlich heißt es in dem Brief weiter: „Es ist mir durchaus bewußt, daß dieser Schritt der Hausbesetzung rechtlich unterschiedlich bewertet werden kann. Die Motive der Besetzer, mit dieser Aktion auf die mangelhafte Wohnsituation für Studenten, Auszubildende und andere junge Leute hinzuweisen, halte ich jedoch für ernstzunehmen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich eine

Möglichkeit ergäbe, in Verhandlungen zwischen Ihnen und den Hausbesetzern einen Weg zu finden, wie eine polizeiliche Räumung zu verhindern ist, und ich bin auch gern bereit, gegebenenfalls als Vermittler zu fungieren. Meines Wissens kann auf dem Gelände ohnehin nicht von heute auf morgen neu gebaut werden, da ein gültiger Bebauungsplan noch nicht vorliegt. Auf diese Weise könnte zumindest bis zu dem Beginn der Baumaßnahmen eine Minderung der in der Tat akuten Wohnungsnot erreicht werden.

Ich erlaube mir, eine Durchschrift meines Schreibens der Niedersächsischen Landesregierung zur Kenntnis zuzuleiten.“

Wohnraumförderung

MWK und GEW gegen Rotstift

Aktion „BAFöG-Runde 81“ nennt sich eine demnächst an den Hochschulen anlaufende Unterschriftenkampagne der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Damit ruft die GEW zur Unterstützung ihrer Forderungen zur Verbesserung der sozialen Lage von Studenten auf. Ein Hauptpunkt des Programmes ist die Bekämpfung der studentischen Wohnungsnot u.a. durch Städtebauförderung und Altbausanierung.

Für eine Erhöhung der Studentenwohnheimplätze sprach sich auch der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Eduard Pestel, aus und kritisierte die Streichungspläne des Bundes. Bis 1985 solle sich die Zahl von 11.150 auf 16.600 Plätze in Niedersachsen erhöhen. Schon das jetzige Angebot liege mit 13 Prozent rund 2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt.

Der Minister verwies auf ein Gespräch des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft mit Geschäftsführern des Deutschen Studentenwerks im Februar 1980, in dem das Bundesministerium die rasche und entscheidende Linderung der Wohnungsnot der Studenten als eines der wichtigsten gemeinsamen Ziele bezeichnet hatte.

Durch Mitfinanzierung studentischer Wohnplätze tritt auch das Land Baden-Württemberg der allgemeinen Wohnungsnot entgegen. Private Bauherren können noch dieses Jahr bis zu 16.500 Mark pro Wohnplatz bei den Studentenwerken oder dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst beantragen, wenn sie sich verpflichten, 15 Jahre zu angemessenen Preisen an Studenten zu vermieten. Weitere Förderungsprogramme für die nächsten fünf Jahre sind bereits in der Planung. ch

Mehr als 500 Unterschriften für Kim Dae Jung

An der von Präsident Zilleben gestarteten Unterschriftenaktion zugunsten der in Südkorea zum Tode verurteilten Regimekritiker haben sich innerhalb von zwei Wochen insgesamt 531 Hochschulmitglieder beteiligt. Allein 177 Professoren und Wissenschaftliche Mitarbeiter der Universität Oldenburg unterstützten die Forderung nach Annullierung aller Todesurteile, nach Freilassung der politischen Gefangenen sowie nach uneingeschränkter Gewährung der Menschenrechte und der demokratischen Rechte der südkoreanischen Bevölkerung. Der Text des Aufrufes und die Unterschriftenlisten wurden an den Staatspräsidenten Südkoreas sowie an amnesty international, die deutsche Botschaft in Seoul und an das Auswärtige Amt geschickt. Letztlich Presseberichten zufolge ist insbesondere das Leben Kim Dae Jungs ernsthaft gefährdet, dem nur noch die Hoffnung auf eine Begnadigung durch den Staatspräsidenten bleibt. Allgemein wird damit gerechnet, daß ihm diese nicht gewährt wird und daß die Hinrichtung Kim Dae Jungs noch vor Weihnachten erfolgen wird.

Auf der hochschulpolitischen Konferenz des DGB-Kreises der Freien und Hansestadt Hamburg und der Hans-Böckler-Stiftung wies der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Björn Engholm, in seiner Rede heute darauf hin, daß die Hochschulen Motor der technologischen und damit auch der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung seien. „Wir wollen, daß die Hochschulen stärker als bisher Beiträge zum demokratischen und sozialen Fortschritt leisten. Dafür brauchen wir ihre lebendige Auseinandersetzung mit der Praxis in Wirtschaft und Gesellschaft.“

Regierung sucht Friedensforscher

„Wer einen Antrag stellt, kann im Prinzip etwas bekommen.“ Mit diesen Worten umriß kürzlich der Sprecher des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst (MWK) gegenüber der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung die Suche seines Ministeriums nach Anlagemöglichkeiten für 90.000 Mark im Bereich der Friedensforschung.

Diese Summe war ursprünglich als Mitgliedsbeitrag des Landes Niedersachsen für die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) vorgesehen. Nach dem Austritt des Landes aus der DGFK zum 31.12.1979 - begründet insbesondere mit der nach Ansicht der Landesregierung einseitigen Förderungspolitik und den angeblich zu geringen Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gremien der DGFK - waren diese Mittel frei geworden. Dem Willen der Landesregierung gemäß sollten die Gelder weiterhin für Friedensforschung verwendet werden; mit dieser Zweckbindung wollte man sie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zur Verfügung stellen. Nun aber stellte sich heraus, daß eine solche zweckgerichtete Mittelzuwendung gar nicht möglich ist - womit sich entsprechende Vorhersagen der SPD als richtig erwiesen. Die SPD hatte in der Landtagsdebatte um den Austritt Niedersachsens aus der DGFK auf diese Problematik hingewiesen, war aber von Minister Pestel unter Hinweis auf seine „langjährige Zugehörigkeit zur Deutschen Forschungsgemeinschaft“ zurückgewiesen worden.

„Um nicht auf dem Geld sitzenzubleiben“, hat sich die Landesregierung auf die Suche nach geeigneten niedersächsischen Friedensforschern begeben, zu diesem Zweck soll auch der Arbeitskreis zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung in Niedersachsen eingeschaltet werden. jb

Europäisches Bildungswesen

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft Generaldirektion Forschung, Wissenschaft und Bildung hat jetzt die 1979 von Dr. Klaus Winter (FB I) vorgelegte Dissertation als „wesentlichen und eigenständigen Beitrag zum Studium der europäischen Integration“ gewürdigt und ihre Veröffentlichung finanziell gefördert. Winters Monographie ist unter dem Titel „Das Europäische Bildungswesen im Prozeß seiner Internationalisierung. Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Reformansätze in der Lehrerbildung“ im Verlag Beltz/Weinheim, Basel, erschienen.

Gastvortrag

Diplom-Psychologe Ulrich Bernhard spricht am Dienstag, 16.12.80, 9.15, VG 419, zum Thema: „Werbewirkungsforschung in der Industrie“. Bernhard kann Vergleiche zwischen Universitäts- und Industrieforschung ziehen, da er zunächst an einem Universitätsinstitut Werbeforschung betriebe hat

Habilitationen & Promotionen

Der Fachbereichsrat des Fachbereiches I hat dem Antrag von Herrn Dr. Karl-Heinz Ammonn auf Zulassung zur Habilitation für das Lehr- und Forschungsgebiet „Klinische Psychologie“ zugestimmt und das Habilitationsverfahren eröffnet.

Die Dissertation von Ekkehart Naimann mit dem Titel: „Umgang mit Natur und Technik als Hilfe zur Lebensbewältigung von Hauptschülerinnen und Hauptschülern“ und die dazu gefertigten Gutachten liegen bis zum 22. Dezember 1980 im Fachbereich IV, Geschäftsstelle, Zimmer: AVZ 1-204, zur Einsichtnahme durch die Hochschullehrer aus.

Personalien Personalien

Professor Dr. Ernst Hinrichs, Historiker im Fachbereich III, hielt am 11. November 1980 vor dem Oldenburger Landesverein einen Vortrag mit dem Thema: „Frankreich im Jahre 1789 - Zur Debatte über die Französische Revolution.“

Professor Dr. Ulrich Mees, Psychologe im Fachbereich I, hielt im Rahmen des 5. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung in Fribourg/Schweiz einen Vortrag zum Thema: „Theoretische Ansätze in der Erziehungstilforschung“. Im Dezember referiert Mees im Fachbereich Psychologie der Universität Münster über das Thema: „Soziale Bedingungen aggressiven Kinderhaltens“.

Professor Dr. Sigrun Philipp, bisher Psychologin im Fachbereich I, hat einen Ruf an die Universität Trier angenommen.

Als wiss. Angestellte wurden eingestellt:

Maria Balg, Fachgebiet Pädagogik (FB I)

Karl-Heinz Blotevogel, Fachgebiet Mikrobiologie (FB IV)

Elisabeth Holtkamp für das Forschungsvorhaben „Freunde der hebräischen Universität unter Leitung von Prof. Krumbein, FB IV

Ulrich Jany mit dem Aufgabengebiet „Planung und Organisation des I. und II. Studienabschnitts im ZpB Karin Kurpjoweit, Fachgebiet Pädagogik (FB I)

Bernd Ralle, Fachgebiet Anorganische Chemie (FB IV)

Manfred Rabes mit dem Aufgabengebiet „Planung und Organisation des III. Studienabschnitts im ZpB Peter Rongen, Fachgebiet Geomikrobiologie (FB IV)

Sabine Schmid mit dem Aufgabengebiet: Erstellung des Forschungsberichtes der Universität im Dez. 5

Lucas Johannes Stal, Fachgebiet Mikrobiologie (FB IV)
Günther Wetzig, Referent für Raumplanung und Ingenieurwesen im BIS
Uwe Winkler für das Forschungsvorhaben „Algen-Peroxisomen“ unter Leitung von Prof. Stabenau
Andrà Wolter für das Forschungsvorhaben „Studienerfahrungen und Studienenerfolg von Berufstätigen ohne Reifeprüfung in Niedersachsen unter Leitung von Prof. Schulenberg

Im Dienstleistungsbe- reich wurden eingestellt

Brigitte de Boer als Telefonistin im Dezernat I
Barbara Gottschewsky als Angestellte im ZSB
Christine Stangenberg als technische Angestellte in der ZETWA
Zwantine Wodtke als Angestellte in der ZWW
Doris Woltjen als Telefonistin im Dezernat I

Neue Mitarbeiter in der Bibliothek:

Ralph Gätker als Angestellter
Hannelore Glauche als Angestellte
Jutta Goldhamer als Angestellte
Inga Kuhlebert als Inspektorin
Hermann Meyer als Angestellter
Domenico Rizzi als Angestellter
Ute Rosenau als Inspektorin
Ingrid Schütte als Inspektorin
Helga Wittig-Abmus als Angestellte.

Impressum
Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Universität Oldenburg, Ammerländer Heerstraße 67-99, Postfach 2503, 2900 Oldenburg. Tel.: (0441) 798-213, Telex 25655 unol d. Redaktion: Gerhard Harms (verantwortlich), Gisela Rodenberg. Verlag: Druck und Anzeigenverwaltung Littmanndruck, Rosenstraße 42/43, 2900 Oldenburg. Tel.: (0441) 27051. Mit Namen gezeichnete Artikel geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Spedition Möbeltransport International DEUS
TEL. (0441) 71001

Anna Thye
Buchhandlung
Inh. Gottfried Sieler
Gegr. 1. 9. 1800
29 OLDENBURG
Schloßplatz 21 / 22
Postfach 4780
Ruf (0441) 2.52.88

JEANS
von **Horten**
Levis · Wrangler · Pionier · Lois · Settler

Schreibmaschinen
neu und gebraucht, sowie diverse Büromaschinen mit Service und Garantie

- Manuelle Schreibmaschinen ab DM 85,-
- Elektrische Schreibmaschinen ab DM 185,-
- Kugelschreibmaschinen ab DM 699,-

Weitere Büromaschinen auf Anfrage!!
EBS ERLBECK
Donnerschwer Str. 91 · 2900 OLDENBURG · Fernruf (0441) 8.51.25
Verkauf Montag bis Freitag 17-18.30 Uhr oder nach Vereinbarung

Bücher sind ein unentbehrlicher Begleiter auf dem Weg durch Ihr Studium

In unserer wissenschaftlichen Abteilung finden Sie die für Sie notwendigen Bücher in großer Auswahl

B&G
1871 1971
BUCHHANDLUNG
BÜLTMANN & GERRIETS
Lange Str. 57 · Ruf 2 66 01
Postfach 1 41

TABULA BUCHLADEN IM HERBARTGANG

HENCKUS
Buchbinderei
Edeweicher Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

2 Stunden
Examensarbeiten-Service

Fotokopien
Buchbindarbeiten
Zeitschriften Berichte

HENCKUS
Buchbinderei
Edeweicher Landstraße 50
29 Oldenburg
Telefon 0441-50 2397

KOPIERDIENST OLDENBURG
Ammerländer Heerstraße 88
Fernsprecher 04 41/7 63 74

KOPIERPREIS
je Stück

DIN A 4	DM	0,10
DIN A 3	DM	0,12

spanhakes bastelgalerie
oldenburg burgstrasse 2 tel. 29488

spanhake hat alles für Hobby Werken Basteln Modellbau Kindergarten Schule und Beruf

spanhake
oldenburg lange strasse 46 telefon 04 41/27480

Grund- & bodensolide **ÖBS** Immobilien GmbH
OLDENBURG · MARKT · RUF 0441/2371

Mit der OBS den Grundstein legen. **ÖBS** Öffentliche Bausparkasse
OLDENBURG · BREMEN · WILHELMSHAVEN